



© Wolfgang Schmidt

**Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Butterwegge, ein baldiges Ende des Krieges in der Ukraine ist zurzeit nicht absehbar. Wir sprechen jetzt schon von einer Energiekrise, spüren die steigende Inflation – doch die Auswirkungen werden sich erst in voller Härte in den kommenden Wintermonaten zeigen. Welche Bevölkerungsgruppen trifft es besonders hart und warum?**

„Alle einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen trifft die Inflation sehr hart. Hervorheben möchte ich die Rentnerinnen und Rentner, weil alte Menschen besonders kälteempfindlich und viel zu Hause sind, was ihnen das Einsparen von Heizenergie erschwert. Energiearmut, von der man spricht, wenn die Kosten für Haushaltsenergie mehr als 10 Prozent des Nettoeinkommens verschlingen, wird bis in die Mittelschicht vordringen. Auch verschärft die regressiv Belastungswirkung der galoppierenden Energiekosten die ohnehin wachsende Ungleichheit in Deutschland, was durch die Entlastungspakete des Bundes nicht ansatzweise kompensiert wird. Zu befürchten ist vielmehr, dass sich die Wohn-, Energie- und Ernährungsarmut zur neuen Sozialen Frage der Bundesrepublik verbinden. Wenn sich die aktuelle Teuerungswelle verstärkt und verstetigt, dürften insbesondere viele Familien im Winter die Hälfte ihres Einkommens für die Warmmiete ausgeben.“

**Die Ampelkoalition hat Maßnahmen zur sozialen Abfederung besonders betroffener Zielgruppen verabschiedet und diskutiert weitere Schritte. Die Mehrheit der sozialen Verbände und Einrichtungen in Deutschland kritisiert das „Gießkannenprinzip“ dieser Entlastungspakete – ohne**

**„Deshalb müssen die bestehenden Wirtschaftsstrukturen, Eigentumsverhältnisse und Verteilungsmechanismen angetastet werden, damit sich die sozioökonomische Ungleichheit verringert und niemand mehr in Existenznot gerät.“**

**langfristige Perspektive und soziale Zielgenauigkeit. Welche Unterstützungen halten Sie für angebracht und effektiv?**

„Die verteilungspolitische Schlagseite der beiden Entlastungspakete des Bundes war unübersehbar. Sie kamen nur teilweise Privathaushalten zugute. Darunter befanden sich jedoch vornehmlich einkommensstarke: Mehr als die Hälfte des Entlastungsvolumens war für Erwerbstätige reserviert, die von Steuerermäßigungen profitierten. Steuerentlastungen, die im ersten Entlastungspaket dominierten, nützen Geringverdiener:innen wenig und Transferleistungsbezieher:innen gar nichts, weil sie kaum bzw. gar keine Einkommensteuer zahlen. Auch breit streuende Pro-Kopf-Zahlungen an einen großen Personenkreis wie die Energiepreispauschale sind wenig hilfreich, weil nicht passgenau. Auszubildende, Studierende sowie Rentnerinnen und Rentner erhalten sie gar nicht. Transfers für bedürftige Haushalte wie der Heizkostenzuschuss oder die Einmalzahlungen für Menschen in der Grundsicherung sind gleichfalls nur begrenzt geeignet, die Hauptbetroffenen zu entlasten. Denn sie bekämpfen zwar die Symptome, beseitigen jedoch nicht die Ursachen. Staatliche Liquiditätshilfen und Entlastungspakete können zur Bewältigung akuter Notlagen während einer Wirtschaftskrise, einer Pandemie oder einer Inflation beitragen, aber nicht für immer verhindern, dass finanzschwache Bevölkerungsgruppen durch solche Krisenereignisse in Schwierigkeiten geraten. Deshalb müssten die bestehenden Wirtschaftsstrukturen, Eigentumsverhältnisse und Verteilungsmechanismen angetastet werden, damit sich die sozioökonomische Ungleichheit verringert und niemand mehr in Existenznot gerät.“

### Prof. Dr. Christoph Butterwege - Kurzvita

- Sozialwissenschaftler und Ungleichheitsforscher
- von 1998 bis 2016 Professor für Politikwissenschaft am Institut für vergleichende Bildungsforschung und Sozialwissenschaften der Humanwissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln
- Mitglied der Forschungsstelle für interkulturelle Studien an der Universität zu Köln
- 2017 von der Partei Die Linke als Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten nominiert
- Mitglied des vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales berufenen Wissenschaftlichen Gutachtergremiums für den Sechsten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung
- Jüngste Buchveröffentlichung: „Die polarisierende Pandemie. Deutschland nach Corona“ (Verlag Beltz Juventa)

**Das auf Sanktionen basierende Hartz-IV-System steht schon lange in der Kritik. Die Stimmen aus Teilen der Politik und Zivilgesellschaft nach neuen Formen der Existenzsicherung, die auf Mündigkeit und Würde des Individuums bauen, werden immer lauter. Hier werden verschiedene Konzepte diskutiert, wie z.B. das Bürgergeld. Welche Formen der Existenzsicherung wären aus Ihrer Perspektive angemessen, aber auch real finanzierbar?**

„Das von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP geplante Bürgergeld bringt beim Umgang mit den bisherigen Hartz-IV-Berzieher:innen und den Sanktionen einzelne leichte Verbesserungen, bleibt in zentralen Punkten – genannt sei die notwendige deutliche Anhebung der Regelbedarfe – allerdings vage und ist nur semantische Kosmetik, wenn das Arbeitslosengeld II zwar in Bürgergeld umbenannt wird, aber keine substantielle Korrektur erfolgt. Um Hartz IV zu überwinden, müsste der Berufs- und Qualifikationsschutz wiederhergestellt, die strenge Zumutbarkeitsregelung entschärft und eine Lohnersatzleistung wie die frühere Arbeitslosenhilfe eingeführt werden, damit Arbeitnehmer:innen nicht nach jahrzehntelanger Beschäftigung auf ein Minimalniveau herabsinken, ganz so, als ob sie nie sozialversicherungspflichtig gearbeitet hätten.“

**Sogenannte Querdenker-Demos mit antisemitischen Auswüchsen, aber auch ein breites ehrenamtliches Engagement – die Pandemie zeigt, wie sich Krisen in negativer, aber auch positiver Hinsicht auswirken können. Die aktuelle Krisensituation wird die Lage der Menschen verschärfen, die sich in einer prekären Situation befinden, von Menschen mit Fluchthintergrund über Senior:innen, die mit Altersarmut zu kämpfen haben bis hin zu Teilen der**

**jungen Generation, die in einkommensschwachen Haushalten aufwachsen. Wo sehen Sie die Gefahren, aber auch die Chancen für einen breiten gesellschaftlichen Zusammenhalt?**

„Nach meiner Wahrnehmung überwogen zuletzt die negativen Auswirkungen der Pandemie. Denn solche Krisen entsolidarisieren, weil jeder versucht, sich ihren Folgen – auch auf Kosten anderer Gesellschaftsmitglieder – zu entziehen. Von den ‚Querdenkern‘ beeindruckte Menschen wurden durch antisemitische Verschwörungsmythen entlastet, die ihnen vermittelten, dass nicht sie, sondern andere, nämlich die Machenschaften dunkler Kräfte aus Hochfinanz oder Judentum, schuld an ihrer Unfähigkeit wären, die Geschehnisse zu beeinflussen. Verschwörungsgläubigen geht es nicht um die Reduktion der Komplexität von sozioökonomischen Zusammenhängen, wie man ihnen oft unterstellt, denn antisemitische Narrative vereinfachen diese gar nicht, sondern verdunkeln sie nur. Damit der gesellschaftliche Zusammenhalt nicht verloren geht, muss die Kluft zwischen Arm und Reich wieder geschlossen werden. Durch die Maschen des bestehenden Systems der sozialen Sicherung fallende Menschen dürfen nicht in existenzielle Not (Wohnungslosigkeit, Überschuldung und Privatinsolvenz) geraten. Das gilt für prekär Beschäftigte, Leiharbeiter:innen und Randbelegschaften ebenso wie für Soloselbstständige, manche Freiberufler:innen und Kleinunternehmer:innen, die über zu geringe finanzielle Rücklagen verfügen, um eine ökonomische Durststrecke überstehen zu können. Nötig wäre eine Konzentration staatlicher Ressourcen auf Personen, die Unterstützung benötigen, um in Würde leben zu können.“

**Herr Prof. Dr. Butterwege, wir bedanken uns für das Interview! HvB, ZWST**